

Was sagen die Zahlen?

Bilanz der zehnjährigen (EU-)Zuwanderung für die Bundesebene

ein Vortrag von Sophie Schwab, Referentin für Sozialpolitik, Armut- und Verteilungsfragen des AWO Bundesverbands e.V.

Guten Tag sehr geehrte Damen und Herren,

können Sie sich noch an diese Schlagzeilen erinnern?



Nicht? Das liegt vermutlich daran, dass ich sie erfinden musste.

Viele Medien berichteten tatsächlich eher negativ über die zu uns kommenden Menschen – sowohl über jene aus den sogenannten Drittstaaten, als auch über diejenigen, die aus anderen EU-Ländern nach Deutschland kamen.

An den Schlagzeilen, die es in der Realität gab, konnte man erkennen, dass das Politische emotionalisiert wurde und Ängste geschürt wurden.

Der Populismus in Großbritannien und den USA zeigt, wie Gefühle demokratische Wahlen bestimmen. Aber soweit müssen wir gar nicht schauen, um zu sehen, wie erfolgreich leider das Einsetzen solcher Gefühle und Emotionen sein kann.

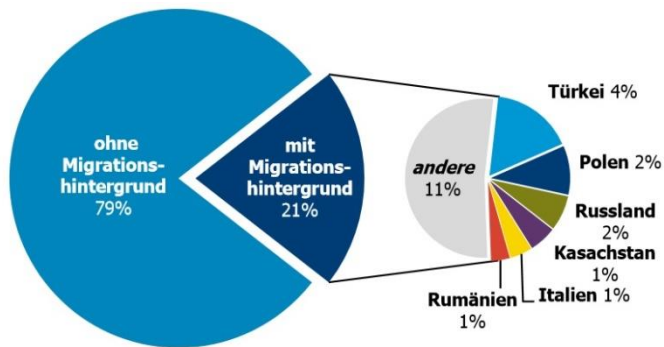
Verstehen Sie mich nicht falsch, es ist wichtig, dass man auch die Betroffenheit von Menschen in die Politik und vor allem in den politischen Entscheidungsprozess mit einfließen lässt, aber wenn wir nicht AUCH den Verstand einschalten, endet das – wie wir an den Wahlergebnisse der diesjährigen Bundestagswahl sehen konnten – unangenehm, wenn nicht sogar gefährlich.

Nachdem wir heute Vormittag punktuell „reingezoomt“ haben und uns die kommunale Ebene genauer ansahen, möchte ich Ihnen jetzt sachlich einen Überblick über die Zahlen, Daten und Fakten der Bundesebene geben – also nochmal einen Schritt zurücktreten, um das große Ganze zu betrachten.

Zuerst werde ich kurz darauf eingehen, wer derzeit in Deutschland lebt.

Danach führe ich aus, wer alles neu dazu kommt. Hierbei werde ich auch auf die Gründe eingehen, warum – also aus welchen Situationen und Lebenslagen – die Menschen auswandern.

Abschließend werde ich darstellen, wie die Qualifikationsstruktur der Zugewanderten aussieht und welche Erwerbstätigkeit bereits besteht bzw. wie die Chancen auf einen Job aussehen.



Quelle 1: Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration. Zahlen von 2015

Zu 1: Wer lebt in Deutschland?

In Deutschland leben derzeit 81,4 Mio Menschen. Mit etwa 17 Mio Menschen mit Migrationshintergrund (MH) hat etwa jede*r fünfte Einwohner*in eine Zuwanderungsgeschichte. Diese Geschichte haben sie entweder selbst erlebt oder sie bringen den MH sozusagen über einen bzw. beide Elternteile mit. Von dieser Gruppe hat mehr als die Hälfte die deutsche Staatsangehörigkeit (9,3 Mio). Zu der größten Gruppe der Menschen mit MH zählen diejenigen mit türkischer Herkunft. Das sind knapp 4% der Bevölkerung.

Ihnen folgen mit etwa 1,7 Mio Menschen, die mit polnischen Wurzeln.

Ein Drittel aller Personen mit Migrationshintergrund stammt aus EU-Mitgliedstaaten.

Ein weiteres Drittel stammt ursprünglich aus einem europäischen Land, das nicht der EU angehört.

Und das letzte Drittel ist ein bunter Mix aus den unterschiedlichsten Ländern.

In Deutschland findet sich aus jedem Land dieser Welt quasi mind. eine Person.

gesetzlichen Krankenkassen, als auch für die Rentenversicherung. Die Anzahl der Beitragszahler*innen aus der EU hat sich seit 2008 von einer Millionen auf zwei verdoppelt.

Aktuell ist immer wieder zu hören, dass es Deutschland gut geht. Damit ist vor allem die wirtschaftliche Situation gemeint. Wir erleben seit geraumer Zeit eine Konjunktur. Erst gestern wurden die Wachstumsprognosen für 2017 und die kommenden Jahre nach oben korrigiert. Des Weiteren hat Deutschland derzeit eine sehr geringe Arbeitslosenquote, nämlich 5,7%.

Doch wie das immer so ist, auch diese Medaille hat zwei Seiten.

Nicht alle hierzulande profitieren von dieser positiven Entwicklung. Die gesamtwirtschaftlich gute Lage kommt bei vielen Menschen gar nicht an. Ihre tatsächlichen Lebensbedingungen entwickeln sich in eine andere Richtung.

Die reiche Bevölkerungsschicht wird immer reicher und die Armen immer zahlreicher. Die Gesellschaft spaltet sich zunehmend und die soziale Ungleichheit hinsichtlich der Verteilung von Einkommen und Vermögen nimmt enorm zu.

Die reichste Unternehmerfamilie des Landes, die Familie Quandt/Klatten, erzielte letztes Jahr eine Rekorddividende in Höhe von 994,7 Mio. Euro – allein aus BMW-Aktien.

Aber mehrere hunderttausend alleinerziehende Mütter im Arbeitslosengeld-II-Bezug wissen nicht, wie sie am 20. des Monats noch etwas Warmes für ihre Kinder auf den Tisch bringen sollen.

Nettoäquivalenzeinkommen unter von 60% des Einkommensmedian	Mikrozensus						
	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Insgesamt	14,7%	14,5%	15,0%	15,0%	15,5%	15,4%	15,7%
Differenzierung nach Migrationshintergrund							
Mit Migrationshintergrund	28,2%	26,2%	26,1%	26,3%	26,6%	26,7%	27,7%
Ohne Migrationshintergrund	11,6%	11,7%	12,4%	12,3%	12,6%	12,5%	12,5%

Quelle 3: 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung

Mit einer steigenden Einkommens- und Vermögensungleichheit nimmt auch das Armutsrisiko zu. Ein Indikator zur Armutsmessung ist die sogenannte Armutsrisikoquote. Diese bezeichnet Menschen als einkommensarm, wenn sie über weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung verfügen (netto). Der Schwellenwert lag 2015 bei 942.- € Einkommen im Monat bei Alleinlebenden. Insgesamt ist die Einkommensarmut seit 2006 gestiegen. 2006 waren es noch 14 Prozent, 2015 zählten 15,7 Prozent der Gesamtbevölkerung dazu.

An dieser Tabelle ist auch abzulesen, dass die Bevölkerung mit Migrationshintergrund weitaus mehr von dieser negativen Entwicklung betroffen ist.

Eine ausführliche Erläuterung dazu, warum sich die Situation so entwickelt hat, führt an dieser Stelle leider zu weit vom Thema ab, deshalb will ich nur ganz kurz drei zentrale Ursachen benennen:

Zum einen sind das die strukturellen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und ein weiterhin sehr großer Niedriglohnsektor.

Aber auch Veränderungen in Branchen durch Digitalisierungs- und Globalisierungsprozesse tragen zu der Entwicklung bei.

Und last but not least muss hier unbedingt der Rückgang der Tarifbindung und die Schwächung der Lohnkoordination zwischen den Branchen aufgezählt werden.

So viel zur aktuellen Situation.

Zu 2: Und wer kommt neu dazu?



Die Neuankömmlinge lassen sich grob in zwei Gruppen einteilen: EU-Bürger*innen und Ausländer*innen aus allen anderen Staaten der Welt. Für die Bürger der anderen 27 Mitgliedstaaten der EU ist es verhältnismäßig einfach, nach Deutschland

einzuwandern. Das liegt an der sog. EU-Freizügigkeit. Das ist die Möglichkeit, sich als EU-Bürgerin innerhalb der EU-Grenzen frei zu bewegen und niederzulassen. Es ist also kein Visum nötig und auch kein Reisepass.

Ab einem Aufenthalt von mehr als drei Monaten in Deutschland müssen EU-Bürger*innen nachweisen, dass sie erwerbstätig oder zumindest arbeitssuchend gemeldet sind. Sind sie das nicht, haben sie noch die Option nachzuweisen, dass sie ausreichend finanzielle Mittel zur Daseinsvorsorge zur Verfügung haben.

EU-Bürger*innen machen 2015 rund 28% aller Neuzuwander*innen aus. In den Jahren davor waren es über 50%.

Die andere Gruppe, die Nicht-EU-Bürger*innen benötigen fast alle ein gültiges Visum für die Einreise nach Deutschland. Das Visum muss vor der Einreise beantragt und bei der Einreise vorgelegt werden. Um eins zu bekommen, muss man den Aufenthaltsweg nachweisen. Bspw. Kann das die Vorlage eines Arbeitsvertrages sein oder die Bescheinigung über einen Studienplatz.

Diese Gruppe von Menschen macht 2015 etwa 72% der Zugewanderten aus. Seit 2011 ist ihr Anteil erstmals wieder über 50% angestiegen. Der Hauptgrund hierfür ist die in den letzten Jahren wachsende Zahl an Asylsuchenden.

2015 erfasste das Statistische Bundesamt knapp 2,1 Mio Menschen, die nach Deutschland gezogen sind. So hoch war der Wert in der Bundesrepublik noch nie. Gleichzeitig sind aber auch eine Millionen Menschen weggezogen.

Die wichtigsten Herkunftsländer im Jahr 2015:

Auf Platz eins befindet sich Syrien. Aufgrund des Bürgerkrieges, der seit 2011 dort wütet, kamen die Geflüchteten u.a. nach Deutschland, um dem Terror in ihrem Heimatland zu entfliehen und um hier Schutz zu finden. Weiterhin kommen viele afghanische und irakische Zuwanderer*innen, um Asyl zu beantragen. Das Gleiche gilt für einen großen Teil der albanischen und kosovarischen Zuwanderer*innen. Allerdings sehen ihre Chancen hierzubleiben schlecht aus, da ihre Anträge meist wegen der sog. „schlechten Bleibeperspektive“ abgelehnt werden.

Fünf der wichtigsten Herkunftsländer von Zuwanderer*innen sind EU-Staaten: Rumänien, Polen, Bulgarien, Italien, Kroatien und Ungarn.

Viele von ihnen – über 30% - zieht es wegen der guten Arbeitsmarktlage, einem Studien- oder Ausbildungsplatz hierher. Andere geben an, aus familiären Gründen in Deutschland leben zu wollen.

	EU-Zuwander*innen	Drittstaaten -Angehörige
Arbeit	1	4
Ausbildung/Studium	2	3
Familie	3	2
Flucht		1

Die Zahlen in den zwei Spalten zeigen das Ranking der Antworten an, die gegeben werden, wenn man die Zuwander*innen nach dem Grund ihrer Einreise fragt.

Exemplarisch möchte ich auf ein Beispiel genauer eingehen:

Die Arbeitsmarktlage ist in manchen der Herkunftsländer so schlecht, dass bestimmten Berufsgruppen quasi gar keine andere Wahl bleibt, als ihr Heimatland zu verlassen. In Polen, Tschechien, der Slowakei, Ungarn, Bulgarien und Rumänien herrscht im Gesundheitswesen ein dramatischer Notstand, der sich in den ländlichen Gegenden noch extremer darstellt.

Kliniken sind hoffnungslos unterbesetzt und in den Praxen gibt es extrem lange Wartezeiten. Gegenmaßnahmen von Seiten der Regierungen werden aber seit Jahren zu langsam umgesetzt und/oder sind wenig erfolgreich. Die Beschäftigten des

Gesundheitswesend sind frustriert und somit emigrieren – vor allem Doktor*innen und Pflegepersonal. Trotz vehementer Proteste von Seiten der Zivilgesellschaft, die eine bessere Ausbildung, höhere Gehälter und gute Arbeitsbedingungen fordert.

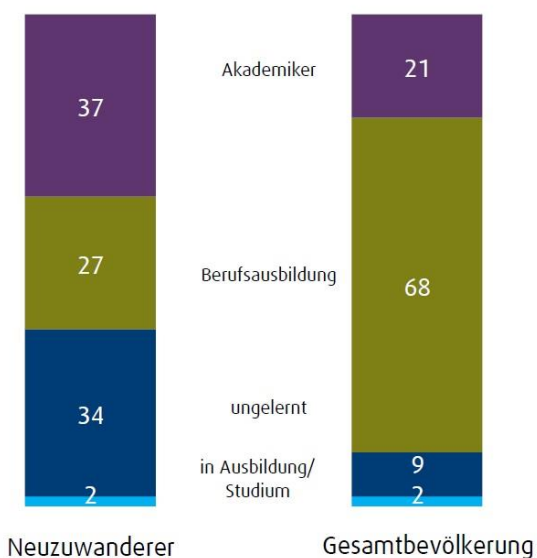
In Deutschland verdienen sie fast doppelt so viel wie in ihrem Heimatland. Darüber hinaus sind deutsche Träger von Gesundheitseinrichtungen forsch auf internationalen Jobmessen unterwegs und fischen pro aktiv die Leute ab. Seit 1989 sind aus Polen allein über 22.000 Ärzt*innen abgewandert. Vor allem nach Deutschland, aber auch nach Großbritannien oder Skandinavien. Nach Skandinavien wandern wiederum viele deutsche Ärzt*innen ab – so dreht sich das Karussell. Ähnlich sieht es mit der „Ärzteemigration“ in Ungarn, aber auch ganz besonders stark in Rumänien aus.

Auf der EU-Ebene führt das zu Verzerrungen, die das Ungleichgewicht zwischen den armen und den reichen Ländern noch vergrößern wird.

Dieses Beispiel bringt mich zu meinem letzten Punkt.

Zu 3: Wie qualifiziert sind die Menschen, die zu uns kommen? Welchen Bildungsstand haben sie? Und was machen sie, nachdem sie hier angekommen sind?

Neuzuwanderern im Vergleich zur Gesamtbevölkerung, anteilig 2014

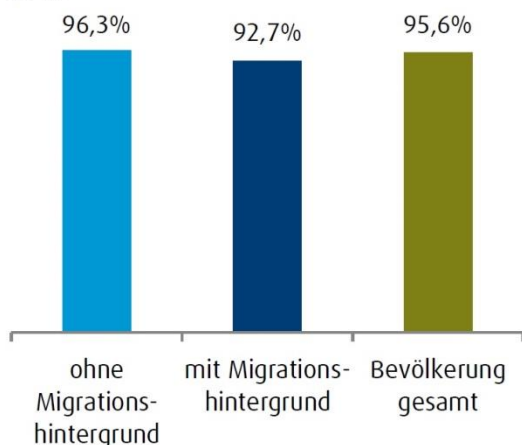


Quelle 4: Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration.

Betrachtet man die Gruppe der 25-64 jährigen bei den Neuzuwander*innen, dann verfügen sie auf der einen Seite deutlich häufiger über einen akademischen Abschluss als der Durchschnitt der deutschen Bevölkerung. Auf der anderen Seite hat diese Altersgruppe seltener eine abgeschlossene Berufsausbildung. Fast ein Drittel der Neuzuwander*innen hat gar keinen berufsqualifizierenden Abschluss. Das liegt aber zum Großteil daran, dass viele ausländische Abschlüsse in unserem formalen Ausbildungssystem nicht anerkannt werden oder viele Berufe dort ohne offiziellen Abschluss ausgeübt werden.

Den demografischen Wandel habe ich vorhin kurz angesprochen. Er ist auch eine der Ursachen, warum in einigen Branchen ein Fachkräftemangel in Deutschland zu verzeichnen ist. Dieser wird sich in den kommenden Jahren noch vergrößern. Deshalb – das hat auch das Beispiel vorhin gezeigt – sind dt. Arbeitgeber sehr aktiv im Ausland, um dort Fachkräfte abzuwerben. Diese sollen den Bedarf in Deutschland decken.

Erwerbstätigenquote der 25 bis 64-jährigen 2015



Quelle 5: Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration.

Die Beteiligung am Arbeitsmarkt von Zuwander*innen, die bereits in Deutschland leben, ist sehr hoch. Über die letzten Jahre ist die Anzahl an Erwerbslosen bei Menschen mit Migrationshintergrund und bei Menschen ohne fast gleich hoch. Es findet aber weiterhin eine Diskriminierung von Menschen mit Migrationshintergrund insbesondere auf dem Arbeitsmarkt statt. Ein deutliches Indiz hierfür ist, dass diese Gruppe in gehobenen Berufsstellungen in Anbetracht ihrer eigentlichen Qualifikation deutlich unterrepräsentiert ist.

Aber angesichts der insgesamt steigenden Erwerbsbeteiligung und Erwerbstätigkeit ist zu erwarten, dass die Bedeutung des Erhalts von staatlichen Transferleistungen für Zugewanderte weiterhin sinken wird.

Die Zahl der zu uns kommenden Menschen hat, wie ich anfangs erwähnt hab, zu einer hitzigen Diskussion in Deutschland geführt. Oft wurde hierbei nur auf die Kosten geblickt, die bspw. die wachsenden Geflüchteten-Zahlen verursachen. Aber diese Kosten sind nach Berechnungen des dt. Instituts für Wirtschaft nur kurzfristig zu bewerkstelligen.

Denn die Zuwanderung bringt Deutschland langfristig viele Chancen.

Gelingt die Integration in den Arbeitsmarkt, werden die anfänglichen Ausgaben zu einer Investition in die Zukunft:

Selbst wenn viele Zuwander*innen aufgrund fehlender Qualifikationen kurzfristig vergleichsweise schlechte Aussichten am Arbeitsmarkt haben und diejenigen, die den Weg in eine Beschäftigung finden, oftmals unterdurchschnittlich produktiv sind, werden langfristig die positiven wirtschaftlichen Impulse für Deutschland die Kosten übertreffen.

Denn auch wenn die Integration in den Arbeitsmarkt langsam verlaufen sollte, so werden die Zugewanderten langfristig einen positiven wirtschaftlichen Beitrag für Deutschland leisten. Mehr noch: Auch die bereits in Deutschland lebenden Bürger*innen werden langfristig auf vielfältige Weise von der Zuwanderung profitieren, denn es wird u.a. mit einem höheren Pro-Kopf-Einkommen gerechnet.

Es liegt also auf der Hand, dass man nicht auf die Panikmache mancher Medien oder Populisten reagieren sollte. Mit Verstand und Herz auf die Zahlen, Daten und Fakten geblickt, sieht die Situation doch schon wieder ganz anders aus.

Ich bedanke mich für die Einladung und für Ihre Aufmerksamkeit. Wenn Sie noch Fragen haben, dann zögern Sie nicht mich anzusprechen.